

# vorwärtsBERLIN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BERLIN

BERLIN

AKTUELL

## SPD-Landesparteitag: Ergebnisse im Internet

Über die Ergebnisse des SPD-Landesparteitags am 30. Juni informiert die Berliner SPD ab 1. Juli auf ihren Internetseiten [www.berlin.spd.de](http://www.berlin.spd.de). Auf der Tagesordnung standen nach der Eröffnung durch den SPD-Landesvorsitzenden Michael Müller Reden von Finanzminister Peer Steinbrück und Klaus Wowereit. Die ausführliche Debatte in den Abteilungen, Kreisen und auf den Programmforen der Landes-SPD zum Grundsatzzprogrammewurf hat sich in rund 730 Anträgen zum SPD-Landesparteitag niedergeschlagen. Dazu kamen 70 Anträge zu weiteren Themen. Mit einem Antrag zur sozialen Entwicklung der Metropolen sowie einem Antrag zur Wehrpflicht will der Berliner SPD-Landesverband auf dem Hamburger Bundesparteitag eigene Akzente zum Grundsatzzprogramm setzen.

## Zöllner: Bildungsausgaben als Investition anerkennen

Bildungsausgaben müssen künftig als Investitionen anerkannt werden. Das hat Berlins Bildungsminister Prof. Dr. Jürgen Zöllner in einem Beitrag für die SPD-Abonnementszeitung "BERLINER STIMME" gefordert. Gegenwärtig eröffne sich eine neue Chance, die bestehende Ungleichbehandlung von Bildungsausgaben und Sachinvestitionen zu beenden, so Zöllner. Der Berliner Bildungsminister wandte sich dagegen, dass nach den bisherigen haushaltsrechtlichen Regelungen im Zweifelsfall ein Hochschulgebäude saniert werden, ein Professor für die zahlreichen Studierenden an den deutschen Hochschulen jedoch nicht eingestellt werden könne. Zöllner: "Ich habe schon im Jahr 2003 in der Öffentlichkeit darauf gedrungen, den Investitionsbegriff zu ändern. Mit einer solchen Regelung wären nicht mit einem Schlag alle Finanzprobleme des deutschen Bildungs- und Wissenschaftssystems gelöst, doch eine Diskriminierung von Investitionen in Köpfe statt in Friedhofsmauern wäre beseitigt." Im Rahmen der Debatte zur Föderalismusreform II müsse jetzt der Artikel 115 des Grundgesetzes überdacht werden.

## SPD-Landesvorstand gegen „Betreuungsgeld“

Der Landesvorstand der Berliner SPD hat das vor allem von der CSU in der großen Koalition auf Bundesebene erwogene „Betreuungsgeld“ als ideologisch rückwärtsgewandt sowie frauen- und familienpolitisch kontraproduktiv abgelehnt. In einem einstimmig gefassten Beschluss heißt es: "Die Nichtinanspruchnahme eines staatlichen Betreuungs- und Erziehungsangebotes auch noch belohnen zu wollen, widerspricht sämtlichen pädagogischen Erfahrungen." Kostenlose Kitaplätze seien ein echter Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.



Mit Infoständen war die Berliner SPD am 15. und 16. Juni - wie hier am Dürerplatz in Friedenau - überall in der Stadt präsent. Viele Abteilungen setzen die Aktionen in den kommenden Wochen fort.

## HUNDERTTAUSEND EINLADUNGEN ZUM MITMACHEN

### Aktionstage der Berliner SPD

Jetzt gilt es, jede Menge Schecks einzulösen: Seit Mitte Juni haben die Berliner SPD-Abteilungen mehr als 100.000 Berlin-Schecks verteilt. Mit diesen Einladungen zum Kennenlernen der Berliner SPD ist es zum Beispiel möglich, bei Führungen durch den Bundestag oder das Abgeordnetenhaus zu sehen, wie und wo Politik gemacht wird.

„In der Berliner SPD kann man sich auf allen Ebenen und für alle aktuellen Themen politisch engagieren“, so der stellvertretende Landesvorsitzende Marc Schulte, der zusammen mit Ulrike Sommer die Projektgruppe Mitgliederwerb-



Werb in Schöneberg: Marc Schulte



bung leitet. „Berlin bietet als politisches Zentrum Deutschlands einmalige Möglichkeiten, politische Entscheidungsträger hautnah zu erleben und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Die Berliner SPD bietet jede Woche eine Vielzahl interessanter Veranstaltungen mit kompetenten Gesprächspartnern.“ Vor allem aber stehe die SPD für eine soziale und gerechte Demokratie. „Unserer Demokratie zu festigen und weiter zu entwickeln, unsere Gesellschaft sozialer zu gestalten und für eine gerechtere Welt zu kämpfen, sind ständige Aufgaben der SPD“, so Marc Schulte. ■ U.H.